

Impfstoff: Warum die EU so lange braucht

Sicherheit geht für Arzneimittel-Agentur vor

Angesichts der weltweit ersten Zulassung eines Impfstoffs gegen Covid-19 in Großbritannien hat die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) klargestellt, dass sie ihre Entscheidung über die Zulassung solcher Vakzine in der EU vollkommen unabhängig treffen wird. „Diese Impfstoffe werden Millionen Menschen in der EU verabreicht werden. Wir sind uns der immensen Verantwortung, die damit verbunden ist, sehr bewusst“, teilte die in Amsterdam ansässige Behörde auf Anfrage von WELT mit.

Die Aufseher betonten, dass sie dabei auch keinerlei politischen Druck verspüren. Die wissenschaftliche Bewertung für oder wider die Zulassung von Impfstoffen werde unabhängig getroffen. Grundlage für die Empfehlung seien „die Sicherheit, die Qualität und die Wirksamkeit eines Impfstoffs – und nichts anderes“, sagte eine EMA-Sprecherin.

In Deutschland dringen die Parteien auf eine schnelle Entscheidung der EMA über den Impfstoff von Biontech. Die FDP forderte eine kurzfristige Personalaufstockung: „Die Zulassung des Corona-Impfstoffs muss für die EMA höchste Priorität haben“, sagte der parlamentarische Geschäftsführer Marco Buschmann WELT. „Falls nötig, sollten dafür zusätzliche Ressourcen bereitgestellt werden.“ Gleichzeitig müsse dafür gesorgt werden, dass die Impfstoffzentren in Deutschland einsatzbereit seien. „Sonst wäre mit einer früheren Zulassung nichts gewonnen.“ Linke-Fraktionschef Dietmar Bartsch verlangte Aufklärung, warum das Verfahren in der EU einen Monat länger dauern solle als in Großbritannien. Unionsfraktionsvize Georg Nüßlein (CSU) mahnte: „Die EMA muss jetzt alles dafür tun, dass das Zulassungsverfahren so schnell wie möglich durchgeführt wird, ohne Sicherheitsaspekte außer Acht zu lassen.“

Grundsätzlich erlaubt das EU-Recht jedem Mitgliedsstaat, eigenverantwortlich eine Notfallzulassung wie die britische zu erteilen. Um die nationalen Kontingente im Rahmen der EU-Impfstoffstrategie abzurufen, müsse allerdings erst die EU-Marktzulassung vorliegen, sagte ein Sprecher der EU-Kommission. Eine Notfallzulassung würde also nur etwas bringen, wenn das betreffende Land einen eigenen Vertrag mit dem Impfstoffhersteller abgeschlossen hat.

Die britische Arzneiaufsicht MHRA hatte am Mittwoch die weltweit erste Notfallzulassung für den Corona-Impfstoff des Mainzer Biotechunternehmens Biontech erteilt. Zu Wochenbeginn hatten Biontech und sein US-Partner Pfizer zudem bei der EMA einen Antrag auf bedingte Marktzulassung eingereicht. Sollte die Behörde grünes Licht geben, könnte eine Verwendung des Vakzins auch in der EU noch vor Jahresende möglich werden. as/kod/tkai

Zutritt nur gegen Nachweis einer Covid-19-Impfung: Dieses Szenario könnte schon bald Realität werden – zumindest bei Flugreisen. Denn die International Airport Transport Association (IATA) prüft derzeit die Einführung eines „Impf-Reisepasses“. Das bestätigte IATA-Geschäftsführer Alexandre de Juniac in mehreren US-Medien. Die Gesellschaft ist der größte Dachverband der Fluggesellschaften.

VON JAN KLAUTH

In Deutschland soll es keine Impfpflicht geben. Das zumindest beteuerte Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) mehrfach. Kommt für Urlaubs- und Geschäftsreisen nun also eine Art Impfpflicht durch die Hintertür? Das vermuten zumindest Impfgegner und -skeptiker mit Hinblick auf den IATA-Vorstoß. Der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer warnt vor einer „Zwei-Klassen-Gesellschaft“. Ganz abwegig wäre eine entsprechende Vorgabe jedenfalls nicht. Für viele internationale Flüge haben Reiseunternehmen die Sache ohnehin nicht selbst in der Hand. Schließlich können Länder Impfungen zur Voraussetzung für die Einreise machen, was Airlines dann am ende keine Wahl lässt.

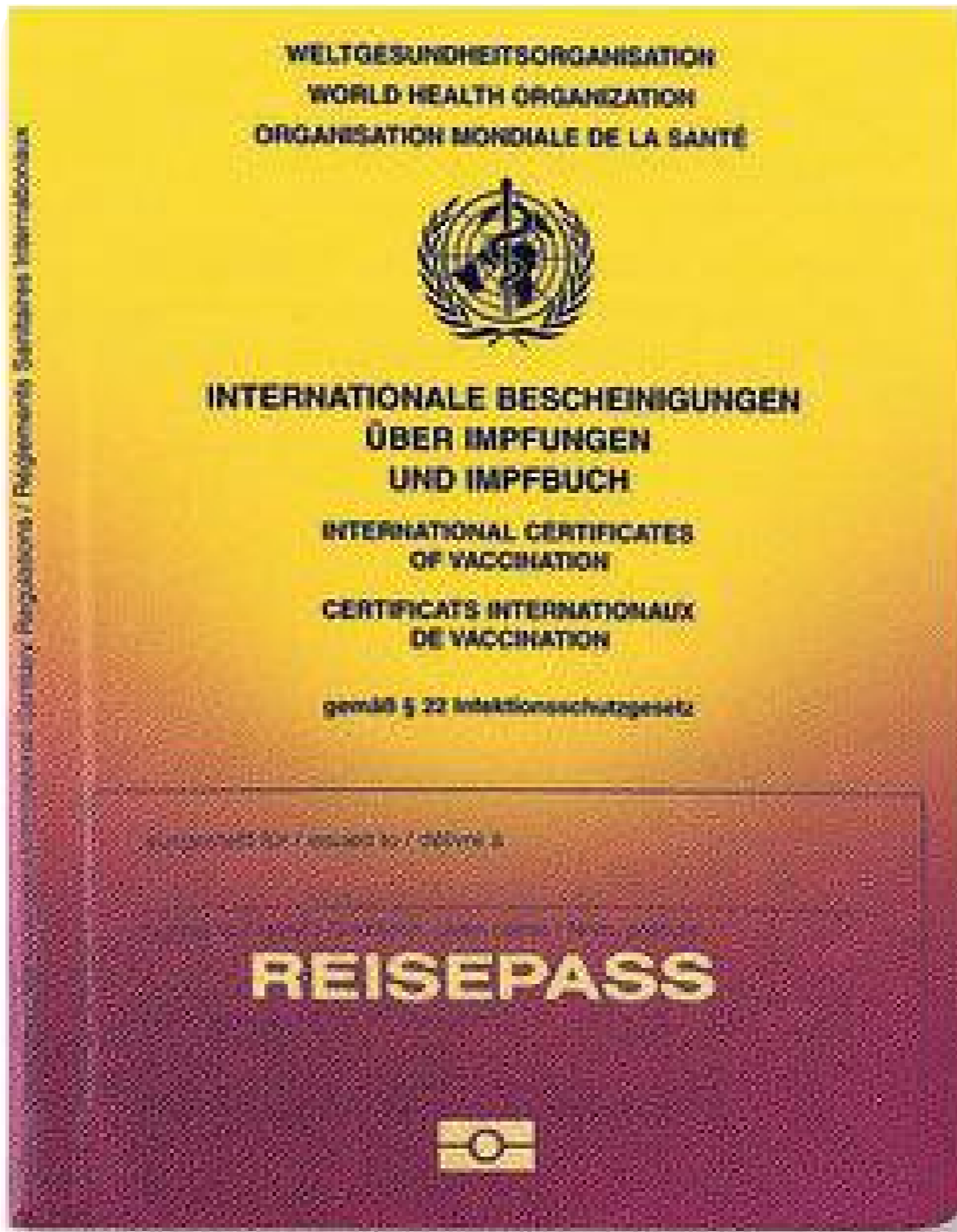
In einige lateinamerikanische Länder darf etwa nur einreisen, wer eine Gelbfieber-Impfung nachweisen kann. Dabei handelt es sich um eine Impfung, die oft starke Schmerzen und Fieber nach sich zieht. Solche Nebenwirkungen sind von der Covid-19-Impfung wohl nicht zu erwarten. Der Unterschied: Krankheiten wie Gelbfieber sind weitaus tödlicher als Covid-19, und der Impfstoff ist seit Jahrzehnten weltweit verfügbar. Allerdings ist auch die Wahrscheinlichkeit eines Ausbruchs sehr gering. Im Fall von Gelbfieber wird die Krankheit über Moskitos übertragen und nicht von Mensch zu Mensch. Das Coronavirus hingegen ist hochansteckend – bei Flugreisen, wo Hunderte Menschen über Stunden eng an eng sitzen, ist die Unge- wissheit besonders hoch.

Auch deshalb wollen sich nicht nur Urlaubsländer, sondern auch Airlines absichern. Denn jeder Ausbruch an Bord eines Fliegers, trotz Hygienekonzept, kann für die krisengebeutelte Branche ein PR-technischer Super-GAU sein. Zwar hat bislang noch kein Land die Einreise von einer Impfung abhängig gemacht. Allerdings wird beispielsweise in Neuseeland und Australien schon darüber debattiert. Dort wurde die Pandemie gut eingegegnet. Die Einreise auf die Inselstaaten erfolgt fast ausschließlich per Flugzeug. So ist es nicht verwunderlich, dass der erste Vorstoß von der australischen Fluglinie Qantas kommt. Das Unternehmen plant eine Änderung der Geschäftsbedingungen: Eine Impfung gegen Covid-19 würde für Passagiere verpflichtend, zumindest auf internationalen Flügen. Als nächste große Fluggesellschaft wird voraussichtlich Korean Air nachziehen.

Die Lufthansa hingegen zögert: „Die Einführung eines verbindlichen Impfnachweises ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht geplant“, wird ein Sprecher in der „Süddeutschen Zeitung“ zitiert. Deutschlands größte Airline sichert sich

Boarding nur mit Impfnachweis?

Bisher schrecken die meisten Staaten vor einer Impfpflicht zurück. Doch einige Airlines planen bereits, nur geimpfte Passagiere mitzunehmen



PICTURE ALLIANCE/ DPA, DIMITRI BROTSCHEV, MONTAGE: WELT

nämlich anders ab. Auf immer mehr Flügen lässt die Gesellschaft ihre Passagiere per Antigen-Schnelltest vor dem Boarding testen – bislang auf eigene Kosten. In der Flugbranche ist die Impfpflicht ohnehin umstritten. „Wir finden einen solchen Vorschlag nicht richtig“,

sagt eine Sprecherin des Bundesverbands der Deutschen Luftverkehrswirtschaft (BDL) auf Nachfrage. Das Fliegen trage kaum zum Infektionsgeschehen bei. Der Verband positioniert sich deutlich gegen entsprechende Kontrollen: Einerseits werde es „sehr lange dau-

ern“, bis große Teile der Bevölkerung geimpft sind. Andererseits sei der Zugang für viele nur schrittweise möglich. „Deshalb halten wir einen Ausschluss von nicht geimpften Menschen von der Teilhabe an gesellschaftlichen Aktivitäten für nicht geboten.“

Das Vorhaben hat ohnehin einen Haken: 2018 stiegen laut Weltbank 4,2 Milliarden Menschen mindestens einmal in ein Flugzeug – also mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung. Nach Angaben von Airport Council International sollen es zuletzt sogar mehr als fünf Milliarden gewesen sein. Eine derart hohe Zahl an Immunisierungen – besonders in Ländern der südlichen Hemisphäre – scheint 2021 ausgeschlossen, zumal zwei Impfungen benötigt werden. Und auch in Ländern wie Deutschland, wo Impfstoffe in der Masse verfügbar sein werden, gibt es ein Problem: Priorität bei der Impfung haben die Risikogruppen – laut Spahn sind das bis zu 40 Prozent der Bundesbürger. Urlaubs- und Geschäftsreisen mit dem Flugzeug treten aber größtenteils junge Menschen, Familien und jene ohne ernste Vorerkrankungen an. Ein erheblicher Teil der Reisenden hat also zunächst keinen Zugang zur Impfung – auch in Ländern, die sich große Mengen gesichert haben. Deshalb ist bis dato auch unklar, wann es zu entsprechenden Kontrollen kommt.

Führen mehrere Airlines eine Impfpflicht ein, könnte sich zudem ein Schwarzmarkt für gefälschte Impfpässe entwickeln. Denn die bisherige Methode – ein Arzt klebt einen Sticker mit Kennung in ein oftmals zerfleddertes und jahrealtes Papierbüchlein – lädt zur Fälschung ein. Zumal auch das Geschäft mit Fake-Corona-Tests für Reiseantritte seit Monaten blüht, wie WELT berichtete. Der Qantas-CEO Alan Joyce hat schon einen Lösungsvorschlag parat: Eine Art elektronischer Impfpass soll Zeitpunkt und Ort der Impfung attestieren und etwa per QR-Code anzeigen. Im Gegensatz zum Nachweis auf Papier wäre diese Methode fälschungssicher. Auch die IATA soll bereits an der entsprechenden Umsetzung arbeiten.

Werden Flugreisen künftig also das Privileg jener Bevölkerungen, deren Heimatländer sich die meisten Impfstoffdosen gesichert haben? Nach einer Modellrechnung der Northeastern University in Boston, die annimmt, dass weltweit etwa drei Milliarden Impfdosen mit 80-prozentiger Schutzwirkung bereitgestellt werden, gehen zwei Drittel an die 50 reichsten Länder – und nur eine Milliarde Dosen an Länder mit niedrigem oder mittlerem Einkommen.

In der Politik wird auch über allgemeine Zugangsregeln, die vom Impfpass abhängig gemacht werden könnten, debattiert. Auch aus der Veranstaltungsbranche und der Gastronomie gibt es Stimmen, die eine solche Regelung begrüßen. Denn dadurch wäre eine Rückkehr zum Normalbetrieb wohl schon bald wieder möglich – ohne Herdenimmunität.

Verfassungsrechtlich sei es ohnehin schwer zu erklären, warum für Menschen, die nachweislich immun sind, weiterhin Grundrechtseinschränkungen gelten sollten, argumentiert Jürgen Linhart, Anwalt für Verwaltungsrecht. „Doch datenschutzrechtlich werfen Impfkontrollen Fragen auf: Eine Airline kann ihre Geschäftsbedingungen ändern, was schon bedenklich ist.“ Aber ob beispielsweise ein Wirt die Impfpässe seiner Gäste kontrollieren dürfe und vor allem wolle, stehe auf einem anderen Blatt.

ANZEIGE

Sieben Tage die Woche informiert.

Lesen Sie 6 Monate WELT AM SONNTAG und DIE WELT zum Preis von zzt. nur 60,90€ im Monat und erhalten Sie eine 160-€-Geldprämie.



+

160€ für Sie



160-€-Prämie
Erfüllen Sie sich Ihre Wünsche.

Ihre Vorteile

- | Frei Haus – kostenlose Lieferung direkt an Ihre Haustür
- | MEINE WELT erleben – Vorteilsangebote, spannende Veranstaltungen und exklusive Rabatte für treue Leser

Gleich bestellen unter 0800/533 36 82 oder www.welt.de/160euro